

Volksstimme

Einzelpreis 150 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Dautz, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-
tuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. Anschlag: Für Inserate Nr. 1567, für die
Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 3600,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich
3450,00 Mark. — Anzeigengebühren: Die 10spaltige Kopierzeile 250,00 Mark, auswärts 310,00 Mark, im
Reklameteil Seite 900,00 Mark, auswärts 1050,00 Mark. Vereinstatender Seite 225,00 Mark. Anzeigenabgabe geht verloren,
wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 92.

Magdeburg, Sonnabend den 21. April 1923.

34. Jahrgang.

Marneeschlacht der Reichsbank.

Unvermutet ist die Mark um die Hälfte ihres Wertes gefallen. Die Reichsbank hat ihre Stützungsaktion unterbrochen, indem sie nicht mehr den vollen oder wenigstens den annähernd vollen Bedarf an fremden Zahlungsmitteln, der sich an der Börse zeigte, aus ihren Beständen deckte. In den den ersten 3 Tagen dieser Woche sind täglich 20 bis 30 Millionen Goldmark an fremden Zahlungsmitteln gegen Papiermark verlangt worden. Die Nachfrage war größtenteils eine spekulative. Ganz gleichgültig, ob sich die Reichsbank von dieser dringenden Nachfrage hat überraschen lassen oder nicht, ganz gleichgültig auch, ob die jetzt von der Regierung leider viel zu spät angefügten Maßnahmen Erfolg haben werden, fraglos war die Reichsbank nicht in der Lage, einen so gewaltigen Spekulationsbedarf zu befriedigen und nach erheblichen Devisenreserven auch ihren Goldbestand den Hamstern zu schenken. Daß es so kommen mußte, daran hat die Reichsbank selbst schuld. Bürgerliche Wähler wiesen schon vor mehreren Tagen darauf hin, daß ein Teil dieser Devisenkäufe zu billigem Kurs erfolgte mit billigem Kredit, den man von der Reichsbank bekommen hatte. Die Reichsbank hat die Mittel geliefert, mit denen der Spekulationsangriff gemacht wurde.

Den Industriellen, die eine neue Markverschlechterung propagiert hatten, kommt diese Kursstärkung der Mark sehr gelegen. Unter Niedrighaltung der Löhne wollen sie ihren Absatz ins Ausland und den Warenverkauf im Inland sicherstellen und eine neue Valutakonjunktur herbeiführen. Die Reichsregierung hat erklären lassen, daß die Stützungsaktion unter Einschränkung der Einfuhr von Waren und der stärkern Erfassung der Devisen fortgesetzt werden soll. Vorläufig haben wir jedenfalls einen Dollar, der zwischen 25 000 und 30 000 nach amtlicher Notierung hin- und herpendelt, im freien Verkehr aber noch darüber bezahlt wird?

Und die Wirkungen? An den Produktenmärkten schnellen die Preise in die Höhe. Aus dem Kleinhandel verschwindet die sogenannte Valutaware, zu denen wichtige Lebensmittel, zu denen Margarine und Schmalz gehören. Dem früheren Sinken des Dollarkurses sind die Kartelle mit ihren Preisfestsetzungen auch nicht annähernd gefolgt, und insbesondere haben die Rohstoffindustrien gar nicht daran gedacht, ihre Preise ebenso herabzusetzen, wie sie früher unter Berufung auf den steigenden Dollar sie heraufgesetzt haben. Ueber der ganzen Bewegung thront ein schwerindustrieller Minister, der in seiner kurzen Amtstätigkeit vom Preisabbau mehr geredet hat als ein Arbeiter je zu hören bekam. Wenn es wahr ist, daß die Regierung ihre Stützungsaktion fortsetzen will, so hat sie die Pflicht, darauf auch die Konsequenzen zu ziehen. Sie hat in allererster Linie dafür zu sorgen, daß dieses Zwischenspiel am Devisenmarkt sich nicht auf die Warenpreise auswirkt. Denn man scheint es in diesen 10 Wochen der Markstützung vergessen zu haben, was vorher jeder Wortkassensüßling und jeder Briefmarken sammelnde Schulbube gemerkt hat: daß der Devisenmarkt keineswegs nur eine Vorkriegsangelegenheit ist, sondern in hohem Maß auf die Lebenshaltung des ganzen Volkes einwirkt.

Es wäre daher zu erwarten gewesen, daß mindestens mit der gleichen Entschiedenheit, mit der man vorher die Stabilisierung der Löhne — lies Lohnabbau — kredigt hat, die Regierung sofort auch Maßnahmen zur Beherrschung des Warenmarktes und zur Zurückdämmung der jetzt nach oben treibenden Preise getroffen hätte. Die Regierung läßt aber kein Wort davon hören, wie man sich die weitere Beeinflussung des Warenmarktes denkt. Das ist um so schlimmer, als ja auch die verstärkte Nachfrage am Devisenmarkt nicht aus dem luftleeren Raume stammt, sondern zu einem wesentlichen Teile durch die verfehlte Finanzpolitik der Regierung und die leichtfertige Kreditpolitik der Reichsbank bedingt worden ist. Hier stehen die Wurzeln des Übels. Wird man es wagen, an sie heranzugehen?

Es ist gewiß ehrenwert, wenn eine Regierung der freien Wirtschaft sich zu dem Entschluß ausschwingt, ein Anmeldepflicht für Devisen durchzuführen. Es kommt aber darauf an, daß man diese Anmeldepflicht auf wirksam gestaltet. Wird man es wagen, jene Landesverräter zu brandmarken und im Notfall mit der Enteignung ihres in Deutschland befindlichen Sachvermögens vorzugehen, wenn sich erweist, daß Industrielle und Banken in der Zeit des schwereren Abwehrkampfes Devisen zurückgehalten oder noch gehamstert haben, ohne sie für Zwecke

der notwendigen Wareneinfuhr zu verwenden? Welche Sicherungen wird man dagegen treffen, daß die Stützungsaktion nicht wieder, sei es auch nur vorübergehend, auf halbem Wege stehenbleibt?

Das sind die Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Sturze der Mark aufwerfen. Nicht um die Mark allein handelt es sich, sondern um die Wirkungen und die Vorbedingungen des Marksturzes. Es muß ganze Arbeit gemacht werden, will man verhindern, daß sich ähnliche Vorgänge wie die vom Mittwoch und Donnerstag wiederholen.

Die Reichsbank hat, wie im Reichstag gesagt wurde, ihre Marneeschlacht verloren, das Kabinett Cuno ist gewarnt. Die Gefahr ist groß, daß dem Verlust auch dieser Marneeschlacht ein zweiter Untergang folgt.

Marksturz und Reichstag.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die Beratungen des Haushalts für das Reichswirtschaftsministerium begannen am Donnerstag im Reichstag mit einer scharfen kritisch zugespitzten Rede unseres Genossen Dr. Herz. Von einer Schilderung der sehr ernsten Wirtschaftslage Deutschlands ausgehend, die schon vor dem Ruhr- einbruch zwei Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter zeigte, wies er der jetzigen Reichsregierung nach, wie sehr sie mit ihren Hilfsmitteln, vor allem mit dem Gegenstoß gegen die Dollarsteigerung im Januar gezeugert habe. Der Reichswirtschaftsminister müsse Unternehmer und Arbeiter mit zweierlei Maß. Seine Methode sei: erst Lohnabbau und dann Preisabbau. Aber nicht die Löhne verhinderten den Preisabbau, denn sie seien nur ein winziger Teil der Erzeugungskosten. Das Unternehmertum stelle sich geschlossen dem Preisabbau entgegen. Durch die Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Wiederbeschaffungskosten sei die Preisreiberverordnung so gut wie unwirksam gemacht worden.

Die von dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister ausgegangene Devisenverordnung, die erst so bekämpft worden sei, werde jetzt auch von Sachleuten als der Angelpunkt unserer Währungs politik bezeichnet. Herz rechnete dann unter lebhaften Zwischenrufen der Rechten mit dem landesverräterischen Verhalten der Devisenbesitzer bei der Dollaranzleihe ab. Erreiche die Devisenspekulation ihr nächstes Ziel, den Dollar auf 28- bis 30 000 dauernd hinaufzutreiben, so sei dieses ein großes Geschenk an Industrie und Handel, die ihre Kredite in entwerteter Mark zurückzahlen, während neues rasendes Anstürmen der Notenzpresse neue Preissteigerungen auf allen Gebieten bringen werde. Herz verlangte eine Reihe von positiven, währungspolitischen Maßnahmen und forderte im übrigen, daß die Devisenpolitik mit einer gesunden Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden werde. Nur so könnten wir der Front an der Ruhr die richtige Unterstützung, gewähren.

Nach einer belanglosen Rede des Zentrumsabgeordneten Esser, der größere wirtschaftlicher Berücksichtigung der bedrängten Gebiete forderte, gab der Reichswirtschaftsminister Becker unsern Redner eine lange, aber wenig fruchtbare Erwiderung. Bemerkenswert war, daß dieser wahrhaftig kapitalistisch eingestellte Mann in harten Worten zu verstehen mußte, daß der Einbruch in die Stützungsaktion der Reichsbank verbrecherisch zu nennen und ganz sicher auch von spekulativen Kreisen mit hervorgerufen worden sei. Er gab die feste Erklärung ab, daß die Stützungsaktion durchgeführt werde und die Reichsbank habe dazu genügend Mittel.

Im übrigen verteidigte sich Becker ganz ungenügend gegen die Vorwürfe, daß er zuerst den Lohnabbau gefordert habe, lange bevor der Preisabbau wirksam gewesen sei. Wohlweislich ging er in diesem Zusammenhang darüber hinweg, daß der Preisabbau an Devisengewinnen der Unternehmer überhaupt nichts geändert habe, sondern, wo er erfolgt sei, auf Kosten des Reiches und der Lohnempfänger gegangen ist. Auch mußte er erhebliche Mißbräuche bei der Kreditbeanspruchung zugestehen, sprach sich aber trotzdem ausdrücklich dagegen aus, daß sie nur auf verteilungsfähiger Grundlage gegeben werden sollen.

Von welcher Beschaffenheit die Rede Dr. Beckers war, erkennt die Tatsache, daß der ihm folgende deutschnationale Redner keine rückhaltlose Zustimmung zu allen seinen Ausführungen bekräftete und ihm ausdrücklich das Vertrauen der deutschnationalen Fraktion aussprach.

Verhandlungsbericht.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans wurde mit dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Hg. Dr. Herz (Soz.):

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist in hohem Maß ernst. Die Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus der Unübersichtlichkeit unserer innern und äußern Verhältnisse, aus der gewaltigen Absatzkrise, aus den Schwierigkeiten bei Beschaffung von Rohstoffen und Kapital, aus gewaltigen Preissteigerungen, der Arbeitslosigkeit und der erheblichen Kurzarbeit. All diese Schwierigkeiten haben sich infolge der Ruhrbesetzung bedeutend verschärft. Die Verschärfung unserer Wirtschaftslage in den letzten Wochen ist eine schwere Anklage gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Es ist nichts getan worden, um der durch die Ruhrbesetzung bedingten Erhöhung der Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Erst nachdem der Dollar im Januar auf 50 000 geklettert war, begann die Beeinflussung des Devisenmarktes. Es bedurfte erst der bittersten Lehre, ehe man sich überhaupt zu irgendwelchen Taten aufraffte, und dann mußte man zu jenen Vorstößen greifen, die wir bereits im Juli des vergangenen Jahres machten. (Hört, hört! h. d. Soz.) Der Eingriff des Reiches in die Devisenentwicklung wäre bei einem Dollarstand von 300 viel leichter gewesen, als bei einem solchen von 50 000. (Sehr wahr! links.)

Die ungeheure Schädigung der Masse

der Bevölkerung, die Vernichtung ihrer Kaufkraft wäre nicht in dem Umfang möglich gewesen. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien und des Reichskabinetts habe aber gezeigt, daß kapitalistische Interessen an der fallenden Währung für das Abwachen der Reichsgewalten entscheidend waren. Die innere Krise haben sich rasch dem Dollarstand angeglichen, dadurch dem Export unterbunden und ein neues Anwachen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit hervorgerufen. Trotz dieser schon vor der Ruhrbesetzung bestehenden schwierigen Situation wurde nicht gehandelt. Jeder konnte weiter hemmungslos seinem Privatinteresse nachgehen. Herr Becker meinte am 16. Januar, unmittelbar nach der Ruhraktion, aus der Besetzung des Ruhrgebiets ergäbe sich zwangsläufig der Sturz der Mark, ohne daß man sich irgendwelchen Maßnahmen Einhalt tun könnte. (Hört, hört! h. d. Soz.) Zur gleichen Zeit fast betonte er in einem Interview, aus diesen und andern Gründen betrachten wir die angeordnete Währungsreform des Ruhrgebiets mit Gemütsruhe. Diese Worte entsprachen keineswegs dem Gedanken der Einheitsfront und mußten die Empfindung hervorrufen, als ob die Reichsregierung der

Allmacht der Devisenspekulanten,

der Kartelle und Trusts keinerlei Beschränkung auferlegen wollte. Diese Annahme wird durch das tatsächliche Verhalten des Ministers in der Frage der Löhne und des Preisabbaus gestützt. Trotz der steigenden Preise glaubte er am 6. März in einem Erlaß erklären zu müssen, daß die Preiswelle nicht durch Lohnsteigerungen auf neue in Bewegung gesetzt werden dürfe. Daher könne keine Erhöhung der Löhne eintreten. Das Arbeitsministerium war an diesen Erklärungen völlig unteilhaftig. Der Wirtschaftsminister hatte auf eigene Faust gehandelt. Erst Lohnabbau, dann Preisabbau, das ist der Standpunkt des Ministers, über den bei allen gewerkschaftlichen Organisationen große Empörung herrscht. Die Arbeiterklasse würde mit Freuden in einen Abbau der Papiergeldlöhne einwilligen, wenn gleichzeitig deren Kaufkraft erheblich gesteigert werden könnte. (Sehr richtig! links.) Voraussetzung für den Lohnabbau ist eine vorherige Preisstärkung. Es ist nicht wahr, daß die Löhne den Preisabbau verhindern, sie bilden nur einen beschränkten Bruchteil der Erzeugungskosten, und machen nur 20 bis 30 Prozent des früheren Lohnes aus.

Die Gewinnmacht

von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe hat den Preisabbau verhindert! (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wo in geringem Umfang ein Preisabbau vorgenommen wurde, erfolgte er stets auf Kosten des Lohnes und des Staates, aber nie auf Kosten des Profits. Der Abbau der Kohlenpreise, die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, die Erhöhung der Umlagepreise und die nicht erfolgte Erhöhung der Frachten und des Portos haben dem Reich 2000 und mehr Milliarden gekostet, die es an die Wirtschaft gegeben hat, um einen Preisabbau zu erzielen. Trotzdem ist ein Preisabbau auch nicht annähernd in dem Maß erfolgt, wie die Lasten des Reiches gestiegen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Entwicklung ist vom Minister selbst eingeleitet worden. In einer von ihm herausgegebenen Verordnung vom 16. Dezember sind die Wiederbeschaffungskosten als Grundlage zur Preisberechnung genommen worden, was in der Praxis auf eine Verschleppung der Preissteigerungen und eine Verlangsamung des Preisabbaus hinauslief. Die Stützungsaktion hat an dieser Wirkung nichts ändern können, weil sie nicht, wie die sozialdemokratischen Pläne aus dem vorigen Jahr, ein gleichzeitiges Vorgehen auf dem Gebiet der Finanzpolitik, der Devisenpolitik und der Handels- und Zahlungsbilanz vorsah. Neben der Stützungsaktion forderten wir die Devisenkontrolle und Devisenzentrale, handelspolitische und starke finanzpolitische Maßnahmen.

An dem Widerstand der Interessenten,

der auch hier in diesem Hause starke Unterstützung fand, scheiterte die Durchführung dieser Pläne. Da man solche Maßnahmen unterließ, ist in Wirtschaftskreisen auch kein Glaube an die Dauer der Stützungsaktion aufgekommen. Das wird begreiflich, wenn man weiß, daß die Schulden des Reiches vom 10. Januar bis 10. März von 2,2 Billionen auf 6,9 Billionen gestiegen sind und sich der Rotenlauf in derselben Zeit von 1,4 auf 5,5 Billionen erhöht hat. Das Defizit im Reichshaushalt ist in diesen 3 Monaten von einigen hundert Milliarden auf mehr als 5 Milliarden

Duſend Millionen angewachſen. Auch die Art der Kreditpolitik, inſondere die Art, wie die Kredite für Kulturzwecke gegeben worden ſind, hat weſentlich zu dieſer Entwicklung beigetragen. Kredit iſt in einem ſo ungeheuerlichen Umfang gegeben worden, daß man zu der Annahme kommt, Ermäßigungen hätten ſich bei der Kreditabgabe die Rolle geſpielt, wie ſie ſeinerzeit Herrn Geiſſerich bei ſeiner Finanzpolitik während des Krieges geleiſtet haben. Das Reich hat trotz des Kulturkrieges keinerlei Unterſtützung durch die maßgebenden Wirtschaftskräfte erfahren. Der erſte Akt der Staatsfeindſchaft der Beſitzenden zeigte ſich bei der Dollarleihe. Ihr Ergebnis iſt der Beweis für den völligen Mangel an gutem Willen

der Wirtschaftskräfte zur Stützung der Mark. Von den geſchätzten 50 Millionen iſt ein erheblicher Teil mit Debiſen beſchäftigt worden, die vorher und nachher an der Börſe zurückgekauft wurden. Der zweite Akt der Staatsfeindſchaft der Beſitzenden iſt ihre Haltung zur Stützungsaktion, die für viele eine gute Gelegenheit war, ihre Debiſenbeſtände zu vermehren. Nicht die feindlichen Ausländer haben Deutschland empfindlich geſchädigt, ſondern feindliche Deutſche. Nieſige Markbeträge wurden im Ausland von ſehr nationalen Kreiſen verkauft, die ſonſt für den Widerſtand bis zum Übermaß bereit waren. Am Montag und Mittwoch dieſer Woche erforderte die Intervention der Reichsbank inſgesamt zwei Millionen englische Pfund. (Lebhafter Miſch h. d. Gg.) Dieſe Spekulation auf den Sturz der Mark iſt durch das Verhalten der Reichsbank erleichtert worden, die die Kreditgewährung außerordentlich erleichterte. Daran trägt auch der Wirtschaftsminiſter die Schuld, der meinte, daß Kredite in ſehr großem Umfang gegeben werden müßten. Die Reichsbank hat geſtern ihre Warnſchlicht verloren, weil der Grunſt der ganzen Situation in den Kreiſen der Regierung und der Reichsbank nicht in vollem Umfang erkannt wurde. Bedauerlich iſt auch, daß die Reichsbank von dem Mittel der Verknappung des Kredits durch ſtarke Diskonterhöhungen keinen Gebrauch gemacht hat. Wir fordern unter allen Umständen die Fortſetzung der Stützungsaktion

und wenden uns gegen eine Dollarleiherung auf 25 000 bis 30 000. Das würde nicht nur ein Geſchenk an alle Kreditnehmer der Reichsbank ſein, ſondern auch ein neues Naturbelohnen der Nation, eſſe zu raſendem Lauf bedeuten. (Die vom Genoffen Herk am Schluſſe ſeiner Rede vorgebrachten ſozialdemokratiſchen Forderungen bringen wir an anderer Stelle.) Ohne die Stützungsaktion durch neue Preisſteigerungen, neue Anreizen in unſerem Wirtschaftsleben gefährden wir am allermeiſten die Aktion am der Ruhr. Wer ſie bis zu dem Augenblick der Verhandlungsbereitſchaft Frankreichs und Belgiens halten will, muß jetzt die Notwendigkeit einſehen, Wirtschafts- und Finanzpolitik auf lange Sicht hinaus zu treiben. (Leb. Miſch h. d. Gg.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Ich habe nicht die Abſicht und das Bedürfnis, eine programmatische Erklärung zur Wirtschaftsſituation abzugeben in einem Augenblick, wo es gilt, draußen praktiſche Wirtschaftspolitik zu treiben, vor allem im Intereſſe unſeres Kampfes an der Ruhr. Der Wirtschaftsminiſter darf niemals Wirtschaftspolitik für eine Gruppe treiben, ſondern er iſt eben Wirtschaftsminiſter für die ganze deutſche Wirtschaft. Wenn ich von dieſem Plat einmal ſcheide, dann will ich von hier weggehen mit dem guten Gewiſſen, das derjenige hat, der ſeine Pflicht für alle zu erfüllen verſucht hat. Daß eine Anklage gegen mich kommen würde, haben Sie wohl alle erwartet, daß ſie allerdings vom Abgeordneten Herk kommen würde, hätte ich nicht geglaubt. Ein großer Teil ſeiner Anklage richtete ſich gegen die Politik des Finanzminiſteriums. Die Frage, wie wir die Abwehrfront drüben halten, ſollen wir nicht in der Öffentlichkeit behandeln. Auch ich bin der Meinung, daß in der Kreditgewährung unſichere Rückſicht geübt werden muß und ich will ohne weiteres zugeben, daß vielleicht hier und dort und ſogar in weiterem Umfang es vorzunehmen iſt, daß der Kredit nicht ganz zu dem Zwecke verwendet werden ſoll, zu dem er gegeben iſt. Für große und ganze ſind wir grundsätzlicher darüber einig, daß ohne große Kreditgewährung der Kampf an der Ruhr nicht zu führen iſt. Der Kampf iſt deswegen ſo ſchwerbar ſchwer, weil die ganze Wirtschaft dort abſchwindet iſt.

Nicht nur die Einfuhr, ſondern auch die Ausfuhr iſt unterbunden. Alles, was drüben gearbeitet wird, wird abgeleitet von dem beſtändigen Abſatz im beſetzten Gebiet ſelbſt, auf Lager gearbeitet, alle Ausgaben werden alſo aus der Taſche gemacht, in die ſich nichts durch den Verkauf von Waren geſchoben iſt. Selbst bei den niedrigſten Löhnen kommt man täglich auf einen Betrag von vielen Milliarden. Wenn nichts eingeht für die geſetzten Waren, wozu ſollen denn Löhne und Gehälter bezahlt werden? Woher ſollen die Kredite anders kommen als aus dem großen Reichsſchatz der Reichsbank? Die Reichsregierung erfüllt nur die allererſte Pflicht, wenn ſie dieſe Kredite gewährt, ſonſt wäre der Abbruch in vierzehn Tagen zu Ende geweſen. (Leb. Miſch h. d. Gg.) Wir haben dafür geſorgt, daß die ganze Wirtschaft im Sinne bleibt und die Arbeiter nicht rot werden durch Stilllegungen. Bei der Kreditgewährung muß ſelbſtverſtändlich dafür geſorgt werden, daß handlungsfähige Kapitalien nicht zu Zwecken verwendet werden, zu denen ſie nicht verwendet werden dürfen, oder auch die ſcharfe Kontrolle kann nicht

verhindern, daß davon hier und da abgewichen wird. Eins der größten Darlehen, das hinausgegeben iſt, iſt übrigens auf wertbeſtändiger Baſis gegeben worden. Laſchheit in der Kreditgewährung kann man und nicht vorwerfen, die Reichsbank hat zweimal einen ſehr ſcharfen Schnitt in die Kreditgewährung gemacht.

Rein Wort ist scharf genug

gegen das Treiben derjenigen, die den neuen Einbruch in die Debiſenpolitik der Reichsbank verſchuldet haben. Was dagegen geſchehen kann, muß geſchehen. Das Reichskabinett hat ſich entſchieden, daß die Stützungsaktion, wie ſie ſeither unternommen war, durchgeführt werden muß. Die Mittel dazu ſtehen zur Verfügung. Auf dem Gebiet der Einfuhrſtriktheit müſſen gewiſſe Einſchränkungen eintreten. Eine Anzeigepflicht für den Verkauf von Debiſen ſoll eingeführt werden. Wir werden nicht vor den draſtiſchen Maßnahmen zurückſchrecken, die notwendig ſind, um die Mark auf dem Niveau zu halten, das ein weiteres Anſchwellen der Lebenshaltungskosten verhindert. In der Lohnfrage und der Frage des Preisabbaues ſpricht die Erfahrung der letzten Jahre für meine Auffaſſung. Sie müſſen die Sache von beiden Seiten anfaſſen; ich bin aber noch beſcheidener:

Lassen Sie den Lohnpunkt stehen,

aber bringen Sie die Preise herunter. Das Wirtschaftsministerium hat ſchonſtweife die Preise heruntergedrückt. Die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe und die Schaffung einer Freiliſte vor notwendig. Zur Erleichterung der Wirtschaft im beſetzten Gebiet geſchieht, was nur möglich iſt. (Beifall.)

Abg. Dr. Wenzel (D.-natl.) wünſcht größere Mittel für Handwerksangelegenheiten. Zum Wirtschaftsminiſter haben wir das Vertrauen, daß er Kapital und Arbeit gemeinſam ſtützen und miteinander verbinden wird.

Nach der Rede des Genoffen Herk forderte Abg. Eſſer (Ztr.) eine ſcharfe Kontrolle der Preispolitik der Kartelle und eine engere Verbindung der Regierung mit den Vertretern des beſetzten Gebiets.

Weiterberatung Freitag 2 Uhr. Schluß 6¼ Uhr. —

Sozialdemokratische Forderungen.

Anläßlich der Beratung des Wirtschaftsſtatuts hat die ſozialdemokratiſche Reichstagsfraktion durch den Genoffen Herk folgende Forderungen zur Markſtützung erhoben:

1. Aufrechterhaltung der Stützungsaktion auf der vor dem Einbruch erreichten Höhe.
2. Ausbaur der Debiſenverordnung, und zwar a) durch das Verbot des Kaufes ausländiſcher Effekten; b) Unterſtellung der Banken unter die Kontrolle, welche die Debiſenverordnung für jeden anderen Kaufmann vorſieht; c) Anmeldepflicht für Debiſenbeſtände.
3. Verringerung der rein ſpekulativen Geldnutzung für Debiſenkaufe durch a) ſcharfe Kreditbeſchränkung; b) durch ſcharfe Einſchränkung des Reichsbankdiskonts; c) durch Gewährung von Krediten nur gegen Lebensnahe des Kurſrisikos durch die Darlehensnehmer. Vereinbarung mit der Reichsbank, größere Kredite nur auf Goldbaſis gegen Goldzins zu geben. Daſſelbe für alle Reichskredite.
4. Wirtschaftspolitische Maßnahmen. a) Einſchränkung der Luxusverſeuerungen; b) bei weitem Bleiben des hohen Dollarkurſes Heraushebung der Ausfuhrabgaben auf die Höhe vor dem 1. Januar. Wiederheraushebung der Kohlensteuer, falls der Preisabbaue nicht vorgenommen wird; c) Wiederaufhebung der Freiliſten für die Ausfuhr.
5. Ordnung der Finanzen des Reiches durch ſcharfe Erſparung des Verſtandes.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat der Reichskanzler Beſprechungen mit allen Parteiführern über die Stützungsaktion geführt. Wir nehmen an, daß bei dieſer Gelegenheit dem Reichskanzler dieſe Forderungen der Sozialdemokraten unterbreitet wurden und hoffen, daß ſo ſchnell als möglich das Kabinettkabinett dazu Stellung nimmt. —

Französische Pläne.

Es bedurfte nicht erſt einer Alarmmeldung der „Tribune“ von der Abſicht der franzöſiſchen Regierung, die wirtschaftliche Autonomie der Rheinländer als Vorstufe der Ausruſtung einer „Rheinischen Republik“ vorzubereiten. Die Ausweitung des Reichskommiſſariats für die beſetzten Gebiete zeigte deutlich genug, daß die maßgebenden Männer in Paris tatſächlich der Meinung ſind, ſie könnten ihre rheinischen Pläne mit Dörten in naher Zukunft ver-

wirklichen. Die Aufhebung des Reichskommiſſariats in Koblenz, dieſer einzigen Verbindung zwischen Rheinlandkommiſſion und rheiniſcher Bevölkerung, war ſchon lange eine Forderung der franzöſiſch beſetzten rheiniſchen Separatiſten und der franzöſiſchen Rhein-Republikaner. Dieſe Kreiſe verlangten die Beſetzung der Vertretung der Reichsregierung und der deutſchen Landesregierungen, um die rheiniſche Bevölkerung zu zwingen, unmittelbar mit der Rheinlandkommiſſion zu verkehren.

Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit hat die Rheinlandkommiſſion mehrere Verſuche gemacht, ſich bei der rheiniſchen Bevölkerung anzufreunden. Sie wollte dadurch die Stellung des deutſchen Reichskommiſſariats unterhöhlen und den Rheinländern klarmachen, daß ſie in allen Nöten und Beſchwerden ſich vertrauensvoll an die Rheinlandkommiſſion wenden könnten. Seine Zuſammenkunft, zu der der franzöſiſche Chef der Rheinlandkommiſſion, Tirard, Vertreter aller Schichten der Bevölkerung eingeladen hatte, verlief aber derart, daß eine weitere Einladung an die Bevölkerung nicht ergangen iſt. Alle Redner, die zu Worte kamen, warteten dem franzöſiſchen Oberkommiſſar nicht nur mit einem Hagel von Beſchwerden auf, ſondern ließen ihn auch nicht darüber im Zweifel, daß die Rheinländer nur die Reichsregierung und ihre Landesregierungen als für ſie maßgebend anerkennen. Nachdem nun der Reichskommiſſar beſeitigt iſt, hoffen die franzöſiſchen Politiker zweifellos, daß es ihnen gelangen werde, unter Verſtärkung ihres wirtschaftlichen und politiſchen Druckes die Bevölkerung zur Kapitulation vor der Rheinlandkommiſſion zu zwingen.

Schon lange iſt der Wunſch der franzöſiſchen Rheinpolitik, daß an Stelle des Reichskommiſſars und des parlamentariſchen Beirats beim Reichskommiſſar ein wirtschaftlicher Beirat aus der rheiniſchen Bevölkerung treten möge. Man will, wie man die Separatiſtenbewegung finanziert und geſtützt hat, eine Reihe von Scheinvertretern der rheiniſchen Bevölkerung, alſo willige Kreaturen, der Rheinlandkommiſſion angliedern, um dann die Wünſche dieſer ſogenannten „rheiniſchen Vertretung“ als die der rheiniſchen Bevölkerung in die Welt hinauszujagen. Eben erſt hat aber der berufene Wirtschaftsausschuß der rheiniſchen Berufsverbände erklärt, daß er keinerlei Löſung vom Reich oder auch nur von Preußen mitmachen wird.

Der Wille der rheiniſchen Bevölkerung in allen Schichten iſt feſt. Man muß ſich aber darauf gefaßt machen, daß ihn die Rheinlandkommiſſion binnen kurzer Zeit auf eine harte Probe ſtellen wird. Die Entfernung des Reichskommiſſariats iſt nur ein Auftakt zu den franzöſiſchen Plänen. Der nächſte Akt wird vermutlich der Verſuch ſein, die wirtschaftlichen Organisationen der Rheinprovinz in Verbindung mit der Rheinlandkommiſſion zu bringen, um ſo die Schaffung eines rheiniſchen Parlaments vorzubereiten. Wie wir überzeugt ſind, daß man im Innern Deutschlands dieſen ungemein wichtigen Vorgängen die nötige Aufmerkſamkeit ſchenken wird, ſo ſind wir auch gewiß, daß die Rheinländer wachſam und entſchieden dieſen Plänen begegnen werden. —

Ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen.

Der Preußiſche Landtag ſetzte am Donnerstag die Ausſprache über das Tuberkuloſegeſetz fort. Der Zentrumsgewählte Stenmiller betont, daß die Sterblichkeitsziffer von 1878 wieder erreicht worden ſei, nachdem man kurz vor dem Kriegsausbruch die Tuberkuloſeſterblichkeit um 50 Prozent herabgedrückt habe. — Der Kommuniſt König hob hervor, daß erſt nach Beſeitigung des Wuders zu einer wirksamen Bekämpfung der Tuberkuloſe geſchritten werden könne. — Abg. Quaci-Naſtem betont, daß zu einem ausreichenden Schutze gegen Tuberkuloſe ein Reichsgeſetz notwendig ſei. Immerhin könne man mit dem vorliegenden Geſetz zufrieden ſein.

Nach weitem Ausſchlagen der Abg. Frau Dönhoff (Dem.) und Frau Böhmman (Dt. Wp.) beſetzte Genoffe Dr. Weßl: Der Ausſchuß hat u. a. zwei Entwürfe angenommen, die von meinen Freunden eingebracht worden ſind. Die erſte fordert, daß in den über Stadt und Land verteilten Fürſorgeſtellen eine Zusammenarbeit ſtattfindet mit den Vertretern der Behörden, der Krankenkaffen, der Landesversicherungs-

Kleines Feuilleton.

Einsteins Triumph.

Die ſchon geſchildert, haben ſie eingehenden Unterſuchungen der Beobachtungen, die gelegentlich der Sonnenfinsternis am 21. September von englischen und amerikaniſchen Astronomen angeſtellt worden ſind, eine neue Verſtärkung der Richtigkeit jenes Teiles der Einſteiniſchen Relativitätstheorie ergeben, der ſich mit der Ableitung des Lichtes in einem Gravitationsfeld beſchäftigt. Dabei iſt mit Prof. Gombell, der Direktor des Obſervatoriums in Schwetzingen, hervorzuheben, die Beobachtung der lichtlichen Bewegung mit den von Einſtein vorausgeſagten Werten ſo gut wie vollkommen.

Eine der merkwürdigſten Theorien der Gegenwärtigen Lehre hat durch dieſes Ergebnis noch einmal als bewährt geſehen. Denn da ja ſchon bei der Sonnenfinsternis vom 29. Mai 1919 durch englische Astronomen ein ſolches Verſehen gemessen worden iſt. Die Beobachtung des vermehrt geſehenen Gravitationsfeldes iſt nicht ohne die allgemeine Relativitätstheorie und gerade dieſe Theorie iſt heute die einzige ſicheres Erkenntnis. Es handelt ſich ja nicht etwa um den bloßen Nachweis der Abweichung des Lichtes in einem Gravitationsfeld, ſondern um die genaue Abweichung, die ſich bei der Beobachtung der Lichtſtrahl materieller Natur iſt. Es bedarf jedoch nicht mehr der Annahme des Gravitationsfeldes, um die physikaliſchen Erklärungen des Lichtes und der Lichtbewegung zu erklären. Dieser Vorſatz, den man ſich in der Zeit eine neue Beobachtung machen konnte, erſcheint nicht. Der Name iſt leer, und das einzige, was es den merkwürdigen Tagen des Überflusses nachher iſt, ſo unſer Planeten ſelbſt, das Licht, das von dem Planeten und Reflektoren ausgeht, die ſuperſtrahligen Strahlen, die gelegentlich in Reflektoren ſelbſt, gekrümmter als bei der Sonne zur Erde gelangen, ſind nicht bloß. Es ſind Teile der Materie, die ſich nicht nur über Materie, ſondern auch bei der Beobachtung der Lichtbewegung zeigen. Der Lichtstrahl jenseits jenseits, der bei der letzten Sonnenfinsternis jenseits wurde, am Ende der Sonne — in Richtung nach unten in Richtung nach unten — in Richtung nach unten, ſind nicht mehr als ein Teil, eine Abweichung oder Abweichung der Materie, die ſich nicht nur über Materie, ſondern auch bei der Beobachtung der Lichtbewegung zeigen. —

Aus der Welt der Wissenschaft. Ein schwerer Konflikt ist zwischen der Universität Jena und dem Thüringischen Kultusministerium ausgebrochen. Für den neuerrichteten Lehrstuhl der Biologie an der Universität Jena hatte die Universität Jena ordnungsgemäß dem Thüringischen Kultusministerium drei Gelehrte vorgeschlagen. Das Kultusministerium aber hatte, ohne die Universität Jena weiter zu befragen, Prof. Dr. Peters von der Handelshochschule Rannach, den die Universität Jena nicht vorgeschlagen hatte, auf diesen Lehrstuhl berufen. Die Universität Jena hat nun wegen der völligen Nichtbeachtung ihrer „wissenschaftlichen Vorschläge“ dem Kultusministerium einen gebornigten Protest überreicht. Auch der Deutsche Hochschulverband und die einzelnen Thüringischen Universitäten unterstützen das Vorgehen des Ministeriums aufs Eifrigste und werden in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternehmen. Das Ministerium hat auf diese Vorwürfe jetzt geantwortet, daß aber nur über die Formalitäten der Berufung ausgeſprochen. — Der bekannte Historiker Professor Bartholdy in Rom erſcheint in der „Tribuna“ ſcharfen Protest gegen das „angloſiſche Verſehen“ des franſoſiſchen Kultus, das einen internationalen Gelehrtenkongreß nach Brüssel einberufen unter Ausſchluß deutſcher und öſterreichiſcher Gelehrter. Ein herabſetzender Umgang beſteht nicht zu Recht und ſollte nicht die Bezeichnung, ſich international zu nennen. Dabei geht die Geſche des jenen Elementen aus, die ſich der deutſche Wiſſenſchaft verweigern. Jeder wiſſenſchaftliche, ja jeder europäiſche Gelehrte müſſe gegen ein ſolches Verſehen auf die Reinheit der Wiſſenſchaft ſtreben! —

Kunst. Die Opernſaſſen der deutſchen National Opera Company, die Mitte Mai in Covent Garden in London beginnt, wird mit der Erſcheinung einer neuen englischen Oper „Der tolle König“ von Gustav Holst eröffnet werden. Die neue Oper ſoll eine Parodie des „Roi Lui“ und vereint Märchen, Komödie und Geſchichte. — Der franzöſiſche Landtag beſchloß, daß der Gelehrte (Leprieux) die Unterſuchung der Familie Nihilus durch eine Ehrenabgabe der Staatskassette von 4 Prozent der Einkünfte. Auf der Legung des deutſchen Reichstages beſchloß die Reichstagskommission, die Familie Dr. von Cossima Wagner von allen zur Ausführung gelangenden Wagnerwerken 1 u. ſ. w. der Familie zu überlassen zu laſſen. Die Erſcheinung der Erben ſollte auch einſtweilen ausbleiben.

Veranstaltung der Kunst. Eine geſchickliche Vorſicht für dieſe Gelehrten und Gelehrten, die in den Vereinigten Staaten unterſchiedliche politiſche oder kulturelle Verträge und Aufführungen zu veranſtalten beſchließen, kommt von

jenseits des Ozeans. Die New Yorker Wochenſchrift „Naves of today“ („Tagesfragen“), die ſtets großes Verſtändnis für deutſche Intereſſen gezeigt hat, ſchreibt, es ſei nach ihren Informationen eine beſondere Fülle von Vorträgen deutſcher Wiſſenſchaftler und Darbietungen von deutſchen Künſtlern in den Vereinigten Staaten geplant, daß z. B. in einer großen Stadt des Staates Pennsylvania innerhalb von drei Wochenenden ſechs ſolcher Vorträge angeſetzt waren. Obwohl ſolche Vortragsreihen deutſcher Intellektueller und Künſtler an ſich durchaus zu begrüßen ſein, ſo müſſe doch vor einer Ueberfülle dringend gewarnt werden, da ſonſt die Veranſtalter, die in Erwartung eines großen Erfolges die äußerſt ſchweren Reife angetreten hätten, vor ſchwerer Enttäuschung nicht bewahrt bleiben könnten. Es wird der Vorſchlag gemacht, eine Zentralkommission zu errichten, welche die Vortragsdaten aller in Betracht kommenden Wiſſenſchaftler und Künſtler regelt, um eine Anſammlung wie die oben erwähnte zu verhindern und auf dieſe Weiſe ſichern Mißerfolg vorzubeugen. —

Literatur. Als Goethe ſeinem Enkelmann die erſte Szene von zweien Akte ſeines „Faust“, zweiter Teil, aus der Handſchrift vorlas, ſagte er ihm, der Baccalaureus ſolle die Anmaßlichkeit der Jugend perſonifizieren, wozu man in den erſten Jahren nach den Befreiungskriegen ſo auffallende Beweiſe geſehen habe. Hier ſetzte die Goethe-Forſchung ein, um die Quelle von Goethes Meinung über den wiſſenſchaftlichen Hochmut dieſer neuen Jugend nachzuweisen, und am dieſen hat ſie hier auf Friedrich Schlegel verwieſen. Aber Wilhelm Herz weiß im neuen Goethe-Jahrbuch mit überzeugenden Gründen nach, daß ſchon inſolge des Rahmens der Entſcheidung jener Szene Schlegel gemeint ſein kann. Dafür kommt ein anderer Philoſoph, mit deſſen jugendlicher Art Goethe ſeine Erfahrungen gemacht hatte, in Betracht. 1814 hatte er den jungen Schopenhauer an ſich herangezogen, um ihn zu ſeinem Schüler in der Farbenlehre und zum Verbreiter ſeiner Ideen auszuwählen. Aber der junge Philoſoph und ſeine Selbſtändigkeit enttäuschten ihn bald, und dieſes Gefühl entlud ſich in unumwundenen Epigrammen und harten Urteilen. Doch bald ſiegt eine humorvolle Regung bei Goethe. Er rednet Schopenhauer zu ſeine trefflichen Reuſchen und betrauert ſein Verſehen, ſo wie mit übermühtiger Selbſtkritik. Andre Erlebnisse des alternden Goethe mit dem ausſchweifigen neuen Sturm und Drang lauten ſonſt, und ſo ſonnte er die Geſtalt jenes groſten Schülers in Anknüpfung an den Schüler des erſten „Faust“-Teils, die mit ihrem ſprechenden Ton, mit der Gottähnlichkeit ihres Auftretens einen ſo hübenwürdigem Bekandheit ſeiner Dichtung in ihrem Schlußſatz ausſpricht. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. April 1923.

Der letzte „Ober“.

Im Gemeindevorstand des Preussischen Landtags wurde die amtliche Bezeichnung „Oberbürgermeister“ beibehalten. Es soll fortan nur noch Bürgermeister geben.

Ach, die Welt wird immer trister Und das Leben schal und leer — Zwar es gibt genug Minister Doch bald keinen Ober mehr.

Aus dem braven Oberlehrer, Der uns so viel Gutes tat, Aus dem großen Wissenslehrer Mach' man einen Studienrat.

Und weil diese Tat gesungen, Wird vom schänden Parlament Noch ein anderer umgebracht, Der sich jetzt noch Ober nennt.

Sa, sie werden immer dreister, Denn — wie ich's gelesen hab' — Selbst dem Oberbürgermeister Schneiden sie das „Ober“ ab.

Kinder, Kinder, was soll werden! Gott, ach Gott, ist das 'ne Peil! Gib's doch bald auf dieser Erden Raum noch eine Obrigkeit!

Wie sich andre schon empfehlen, Geh' ich, weil's mir nicht gefällt, Und ich rufe: „Ober, zahlen! Ich zieh in die Unterwelt!“

Jeremias.

Ein Skandal.

Das Deutsche Friedenskartell hat zu den Regierungserklärungen über den Ruhrkonflikt ein Plakat herausgegeben, das die Aufforderung an die Regierung Cuno enthält, eine aktive Außenpolitik zu treiben. Gerade diese Forderung bildet auch den Inhalt der Reden unjrer Genossen Hermann Müller und Breitscheid im Reichstag.

In dem Aufruf des Friedenskartells heißt es u. a.: Wir fordern, daß die deutsche Regierung unerbittlich eine Note an die Gesamtheit der Welt richtet, worin die von ihr selbst bezeichneten Unterhandlungsgrundsätze schriftlich niedergelegt und den Mitteilern bedeutet wird, daß die deutsche Regierung bereit ist, in sofortiger Aussprache darüber einzutreten. Wir fordern ferner, daß die deutsche Regierung in dieser Note die Summe nennt, die nach ihrem Ermessen der äußersten deutschen Leistungsfähigkeit entspricht, und die den berechtigten Ansprüchen Frankreichs auf Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, soweit es irgend möglich ist, entgegenkommen sollte. Wir fordern schließlich in dieser Note Vorschläge für die gegenwärtige Sicherung Frankreichs und Deutschlands gegen neue Kriege.

Und dieses Plakat ist in den Städten, wo es durch Anschlag verbreitet werden sollte, verboten worden. Das unverständliche Verbot „sticht“ sich auf die vorhin erwähnte Bestimmung im Pressegesetz von 1851, wonach öffentliche Anschläge nur für „bestimmte“, u. a. gewerbliche Zwecke gestattet sind. Das ist ein Zensurplakat, wie er toller gar nicht gedacht werden kann. Mit diesem Paragrafen aus der Reaktionszeit nach der 48er Revolution, den irgendein wilhelminischer Geheimrat ausgegraben hat, will man also jetzt nach 72 Jahren alle politischen Plakate verbieten. Bis vor kurzem haben die republikanischen Behörden diese verstaubte Vorschrift nicht gekannt oder nicht angewendet, trotzdem sie doch zu Recht bestehen soll. Erst die bürokratisch-reaktionäre Praxis unter der Cuno-Regierung, der natürlich das Plakat des Friedenskartells unbenutzt ist, hat diese reaktionäre Bestimmung wieder zur Anwendung gebracht.

Wie uns die Ortsgruppe Magdeburg der Deutschen Friedensgesellschaft mitteilt, ist auch in Magdeburg die Plakatierung des Aufrufs des Friedenskartells nicht gestattet worden. An Stelle des öffentlichen Anschlags soll nun der Aufruf mit der Ueberschrift: „Wir fordern Klarheit“ durch Aushang und durch Flugblätter der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden. Die Plakate und Flugblätter sind in der Geschäftsstelle der Friedensgesellschaft, Knochenhauerufer 59, I, für Interessenten zu haben.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Dessauer Straße. In der Bezirksversammlung in Grottenmännchen Garten, die sehr stark besucht war, hielt Stadtrat Genosse Klinder einen interessanten Vortrag über Staatsformen. Bezirksleiter Genosse Klinder gab einen Überblick über das Geschäftsjahr, dankte den Funktionären für ihre Arbeit im Dienste der Partei und forderte alle Parteimitglieder weiter zu reger Mitarbeit und Werbetätigkeit für die Partei auf. Genosse Ostermann erkrankte den Abend vorher. In die Bezirksleitung wurden die Genossen Klinder, Ostermann und Schmidt einstimmig gewählt. Bei der Besprechung der Mitarbeiter forderte Genosse Klinder alle Genossen und Genossinnen auf, sich reiflich an der Reindemonstration zu beteiligen. Genosse Hode erkrankte die Eltern am 1. Mai ihre Kinder unbedingt der Schule fernzuhalten und sie dafür am Kaiserfest teilnehmen zu lassen.

Volkschule. Wir weisen darauf hin, daß für persönliche Mitglieder der Volkshochschule gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte 1922/23 Eintrittskarten zu den 5 Vorträgen der Kantgesellschaft zu dem ermäßigten Preise von insgesamt 500 Mark bei Gewerkschaften und an der Abendklasse in der Luisenschule erhältlich sind. Die Rückzahlung der Hörscheine für nicht zustande gekommene Vorlesungen erfolgt in der Geschäftsstelle, Orleansamstraße 14, vorwiegend von 11 bis 1 Uhr.

Kaiser-Friedrich-Museum. Von jetzt an ist der Eintritt in das Museum an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat unentgeltlich. An anderen Sonntagen beträgt er 50 Mark, an den Wochenenden 100 Mark. An allen Montagen ist das Museum geschlossen. Tageskarten, die vom Tage der Lösung an auf ein Jahr gültig sind, kosten 1000 Mark für Künstler und Schüler 500 Mark.

Erhöhung städtischer Verwaltungsgebühren. Die Verwaltungsgebühren-Ordnung des Magistrats ist in folgender Weise abgeändert: Für die Genehmigung eines Wohnungsaufbaues innerhalb Magdeburgs ist von jedem Aufbaupartner bei Stellung des Antrags eine Grundgebühr von 500 Mark zu entrichten. Bei Aufträgen mit Auswärtigen ist die hier anfallende Partei zur Zahlung dieses Betrags verpflichtet. Für die Genehmigung von Mietverträgen, die infolge von Aufträgen abgeschlossen werden, sind bei einem Mietzins bis zu 1000 Mark 10 Prozent, bei einem Mietzins über 1000 Mark 15 Prozent der Jahresgrundmiete zu entrichten. Gebühren werden nicht erhoben für demjenigen Mieter, der seine räumlich größere Wohnung gegen Aufweisung einer kleineren dem Wohnungsamt zur Verfügung stellt. Für denjenigen Mieter gewerblicher Räume, der sie im Einverständnis mit dem Wohnungsamt für Wohnzwecke freigibt und

dafür andre gewerbliche Räume bezieht. Die Gebühren treffen in entsprechender Weise diejenigen Hauseigenümer, die mit Genehmigung des Wohnungsamts aus irgendeinem Grund eine Wohnung in ihrem Hause beziehen. Für die Erhaltung von Gärten werden festgesetzte Gebühren erhoben, jedoch tritt in Fällen offenkundiger Verwahrlosung Ermäßigung auf die Hälfte ein. Die Erteilung der Zustimmung zur Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Räume kosten je Raum 3000 Mark. Alle übrigen Sätze werden verhältnismäßig unter Abrechnung auf volle 5 Mark.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Neue Neustadt. Montag den 22. April, abends 7 1/2 Uhr Elternversammlung im „Wintergarten“.

Neue Ausnahmetarife auf der Reichsbahn! Mit Gültigkeit vom 12. April 1923 ist — wie uns die Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt — ein neuer Ausnahmetarif für frischen Spinat zur Verwendung im Deutschen Reich eingeführt. Die Fracht beträgt bei Aufgabe als Stückgut oder 5-Tonnen-Wagenladungen bei 50 v. H. der regulären Fracht. Der Ausnahmetarif gilt bis auf weiteres, längstens bis 30. Juni 1923. Weiterhin ist der Ausnahmetarif für Baumfischkulturerzeugnisse und zwar: „Forsythien, Obstbäume, auch Wildlinge und Sträucher“ unter Ausdehnung auf Stückgutladungen erweitert. Die Fracht wird bei Stückgut zu den Sätzen der ermäßigten Stückgutklasse (sonst bei Aufgabe als Eil- oder Frachtgut), bei Wagenladungen zu den Frachtsätzen der Wagenladungsklasse E und deren Nebenklassen berechnet. Dieser Tarif gilt bis 15. Mai 1923.

Spart Wasser! In Friedenszeiten gingen auch die paar Pfennige, die für ein Kubikmeter Wasser im Hausgebrauch zu zahlen waren, bei der Abrechnung ins Geld. Tatsächlich wurde sehr viel Wasser verplant. Heute müssen die Mieter die gesamten Wasserkosten aus der eignen Tasche bezahlen. Deshalb hat aber das Verplanschen noch lange nicht aufgehört. Es besteht fast nirgends so viel Gemeinschaftsgefühl, daß ein Nachbar dem andern unnötige Kosten erspart. Früher kontrollierte der Hauswirt. Heute hat er kein Interesse daran. Hier und da mahnen wohl die Mietervertretungen zur Einschränkung, aber mit wenig Erfolg. Eine Kontrolle der einzelnen Mieter läßt sich ja nicht durchführen und würde auch viel Ärger verursachen. Obendrein ist eine gerechte Verteilung der Kosten nach dem Wasserverbrauch des einzelnen Mieters nach Lage der Zeit nicht durchzuführen. Frau Müller benutzte alle 2 Wochen die Waschküche, während Frau Schulze die Wäsche aus dem Hause gibt. Gastwirte, Schläcker, Friseur, Mieter mit eignen Badezimmern verbrauchen das Wasser mehr als der andre Einzelmieter, können aber zu erheblichem Kostenanteil nur auf Antrag des Vermieters herangezogen werden. Nur eins könnte helfen, die Wasseruhr in jeder Wohnung, aber so ein Ding ist heute im Preise den Mietern unerschwinglich. Also muß es bei der Mahnung bleiben: im Interesse aller zu sparen!

Tätigkeit des Wohnungsamts im März 1923. Am 31. März waren 4544 Personen als dringend Wohnungsuchende vorgemerkt. Im Laufe des Monats gingen 514 Aufnahmeanträge dringend Wohnungsuchender und 123 Anträge bei der Wohnungsdeputation ein. Anerkannt wurden 181, als dringlich anerkannt 259 und abgelehnt 131. Es bemerkten sich 35 Personen um gewerbliche Räume, davon wurden 19 anerkannt und 3 abgelehnt. 49 Wohnungen wurden angemeldet und 305 befristet. Für die frei werdenden Wohnungen war die Zuweisung von 572 Haushaltungen erforderlich. Ferner wurden für die Zuweisungen von Wohnräumen 220 Mietverträge genehmigt, für die Zuweisung von gewerblichen Räumen dagegen 25, für hiesige Leihkäufe 271, für auswärtige Leihkäufe 29, für sonstige Veränderungen im Mietverhältnis 30. Es wurden 29 Kaufvermittlungsanträge gestellt, fertige Kaufanträge lagen 322 vor. Zwangsaufgabe infolge von Räumungsurteilen wurden nicht vorgenommen. An Strafangelegenheiten fanden wegen Verstoßes gegen Magistratsverordnungen 3 statt. Zwangsraumungen wurden 14 eingeleitet und 8 durchgeführt. Durch Beschlagnahme wurden 18 Wohnungen geschlossen mit einer Gesamtfläche von 755 Quadratmetern, davon freiwillig 7 und durch Miet-einigungsamtsbeschluss 6. Ausgebaut wurden 6 Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 372 Quadratmetern. Die Wohnungsdeputation besetzte sich mit 141 Fällen. Die Gesamtzahl der Geschäftsbearbeitungen betrug 5989, der Geschäftsausgänge 4901, das sind bei einer Arbeitszeit von 26 Tagen täglich 227 Eingänge, 188 Ausgänge.

Deutsches Papier im Ausland billiger als im Inland. „Der Papierhändler“, Fachblatt für Papier, Schreibwaren und Bureaubedarf, schreibt in der Nummer 14 vom 7. April 1923 u. a.:

Das heute deutsche Papier im Ausland billiger ist als im Inland, haben wir erwähnt; das gleiche gilt von deutschen Federn. Wir wissen, daß wir die Ausfuhr zur Aufrechterhaltung unsers Wirtschaftslebens so notwendig brauchen wie die Luft zum Leben. Daß aber der größte Teil der mit dem Ausland arbeitenden Fabrikanten dazu übergegangen ist, infolge des Ueberflusses der Weltmarktpreise und unserer Marktbesserung ins Ausland billiger zu liefern als im Inland, können wir niemals billigen, um so weniger, als dadurch die Inlandspreise erhöht resp. nicht abgebaut werden. Jedenfalls durchkreuzen sie die Bestrebungen der Regierung zum Preisabbau. Aus der Konventionspreisliste der Bureaubedarf-Papierbranche geht hervor, daß auch Kohlepapier, Wapppapier, Farbblätter und andre Bureauartikel ins Ausland billiger geliefert werden. Jedenfalls steht fest, schreibt die Berliner Handelszeitung, daß die Fabrikanten noch immer sehr gut bestehen können und daß es nicht notwendig ist, daß sie im Inlande die Preise höher halten.

Warum schreit die Reichsregierung gegen diese Praktiken des Papierfabrikantenkartells nicht ein? Darf die organisierte Unternehmerklasse ungehindert mit dem deutschen Volke Schindluder spielen?

Männergesangsverein „Schlagel und Eisen“ Bochum in Magdeburg. Am 24. April weiht Westfalens größter Verein in unsern Mauern, um zum Besten der Mühschiffe ein großes Konzert in den „Nationaltheatern“ zu veranstalten. Der Verein tritt seine Sängerkommission mit über 200 Sängern an; er trägt den Namen des Bergmannsvereins, weil er vor 24 Jahren von Angehörigen des Knapp-schaftsvereins gegründet wurde. Der Verein steht seit seiner Gründung unter Leitung des Musikdirektors Rudolf Hoffmann, Bochum. Im übrigen wird auf die Anzeigen und Plakate verwiesen.

Geheubühnen. Das Ehrengeheim, das die preussische Regierung bedürftigen Ehepaaren aus Anlaß der 50- oder 60-jährigen Ehejubiläum bewilligt ist, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt durch eine Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers fortan auf 20 000 Mark im Einzelfall festgesetzt.

Großer Lederdiebstahl. Für annähernd 4 Millionen Mark Leder und zwar 3 Coupons, 15 bis 20 andre größere Stücke und eine größere Menge ausgedünntes Sohlenleder, letzteres mit blauem rundem Stempel „Greiner u. Altenburg“, ferner ein Bund Schnurbinden aus Leder sind in der Nacht zum 20. d. M. aus einem Geschäft am Petersberg gestohlen worden.

Vermißt wird seit 15. Februar d. J. der 17-jährige Arbeiter Bruno Segel, Fichtlerstraße 2, bei den Eltern wohnhaft gemeldet. Er ist mittelgroß, hat schwarze Haare und war bekleidet mit blauem gestreifter Hose, braunem Jackett, dunkelbraunem Ueberzieher. Angaben über seinen Verbleib erbitet die Kriminalpolizei.

Ein dreifacher Diebstahl verübte der Fleischer Richard Duednow, Wolfenbütler Straße 47, am 17. d. M. auf dem Schlachthof, indem er während des vollen Betriebes eine der aufgehängten halben Schweine abhing, auf seinen zu diesem Zwecke mitgebrachten Handwagen lud und damit unbehindert den Schlachthof verließ. Das Fleisch wurde später von der Kriminalpolizei bei ihm auf dem Boden verstreut.

Zwei eiserne Gewichte, die anscheinend als Gegenwärtig an Postkäfigen verwendet worden sind, fanden sich in verdächtigem Besitz, wurden beschlagnahmt und liegen im Bureau des 13. Polizeireviers, Elbfässer Straße, zur Ansicht für etwa Beschuldigte aus.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Engere Hauptvorstandssitzung am Montag 1/8 Uhr im Saal.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater, Stadttheater, Sonnabend 3 Uhr: Die Räuber. Das Nationaltheater, Sonnabend 11 1/2 Uhr: Musikalische Morgenstunden. Die Opern- und Ballettgesellschaft, Sonnabend 8 Uhr: Die Räuber. Die Opern- und Ballettgesellschaft, Sonnabend 8 Uhr: Die Räuber.

Städtische Theater, Stadttheater, Sonntag 3 Uhr: Die Räuber. Das Nationaltheater, Sonntag 11 1/2 Uhr: Musikalische Morgenstunden. Die Opern- und Ballettgesellschaft, Sonntag 8 Uhr: Die Räuber.

Städtische Theater, Stadttheater, Montag 3 Uhr: Die Räuber. Das Nationaltheater, Montag 11 1/2 Uhr: Musikalische Morgenstunden. Die Opern- und Ballettgesellschaft, Montag 8 Uhr: Die Räuber.

Städtische Theater, Stadttheater, Dienstag 3 Uhr: Die Räuber. Das Nationaltheater, Dienstag 11 1/2 Uhr: Musikalische Morgenstunden. Die Opern- und Ballettgesellschaft, Dienstag 8 Uhr: Die Räuber.

Städtische Theater, Stadttheater, Mittwoch 3 Uhr: Die Räuber. Das Nationaltheater, Mittwoch 11 1/2 Uhr: Musikalische Morgenstunden. Die Opern- und Ballettgesellschaft, Mittwoch 8 Uhr: Die Räuber.

Volksport.

Eine Tabellensette 200 Mk.; das Wort 20 Mk., das fette Wort 25 Mk.

Fußball am Sonntag.

Table with 5 columns: Verein, Spieler, Spielart, Spielplatz, Zeit. Rows include: Turner Burg I, Turner Burg II, I Gb., II Gb., III Gb., IV Gb., V Gb., VI Gb., VII Gb., VIII Gb., IX Gb., X Gb., XI Gb., XII Gb., XIII Gb., XIV Gb., XV Gb., XVI Gb., XVII Gb., XVIII Gb., XIX Gb., XX Gb.

Rausenspiele am Sonntag.

Table with 3 columns: Namen der Mannschaften, Spielart, Zeit. Rows include: Gr.-Osterröben geg. Bennedebed, Gr.-Osterröben geg. Bennedebed, Gr.-Osterröben geg. Bennedebed, Gr.-Osterröben geg. Bennedebed, Gr.-Osterröben geg. Bennedebed.

Resultate und wichtige Spielereignisse sind durch 7471 zwischen 6 u. 12 Uhr zu melden.

Fußball.

Turner Burg I gegen Burger Sportklub I (1:3 - 0:0). Einem schönen, scharfen Kampf lieferten sich die beiden Mannschaften und die erste Spielhälfte in einem am Mittwochabend ausgetragenen Freundschaftsspiel. Zwei gleich spielstarke Mannschaften standen sich gegenüber, und es wäre wohl zu einem Unentschieden gekommen, wenn die Turnererleidung (ein Mann Erlos) ebenso auf dem Feld gewesen wäre wie die gegnerische. Die zahlreichen Zuschauer kamen auf ihre Rechnung. Die erste Hälfte verlief torlos. In derselben arbeitete vor allem der Turnersturm vorzüglich zusammen. Seine Angriffe führten aber zu keinem Ergebnis, da die Hintermannschaft und der Torwart Spielklub's Vortreffliches leisteten. In der zweiten Hälfte war zeitweise eine leichte Ueberlegenheit der Sportklubmannschaft zu verzeichnen, jedoch blieben Turner das Spiel offen. Bei einer Ecke für Turner lenkt der abwehrende Sportklubverteidiger den Ball selbst ins Tor. Der halbtöne Sportklub bringt in der 60. Minute durch einen schönen Schuß den Ausgleich, dem kurze Zeit später der Mittelstürmer den zweiten Erfolg anreihen kann. Das dritte Tor wird aus einer gut eingeleiteten Ecke eingetornt. Schiedsrichter Meyer (Burger Germania) befristete.

Rausenspiele.

In Südost konnte Gr.-Osterröben I im Schlagball mit 32:34 gewinnen, mußte dagegen im Faustball mit 30:98 Südost I die Punkte überlassen. Im Jugendspiel siegte Südost in beiden Spielarten, Faustball 53:27, Schlagball 67:45. Neue Neustadt gewann in Diesdorf im Schlagball mit 65:51. Jedoch wäre die Kritik des Schiedsrichters gegenüber von Neustadt besser zu unterstellen. Im Faustball lieferten sich beide die Punkte bei einem Resultat von 6:8. In der Faustballpartie trat der Ball entwei. Warum war kein Erlos zu stellen? Im Jugend-Fußballspiel konnte Diesdorf 9:6 gewinnen. In Ercau konnte Burg im Schlagball ein Unentschieden mit 5:5 Toren dank feiner guten Torwart erzielen, mußte aber im Faustball mit 81:49 eine Niederlage einstecken. In Ercau verlor Bennedebed im Schlagball mit 28:55, Faustball 2:10 Burg. Faustball konnte Gröbke mit 106:103 gewinnen. Der Schiedsrichter von Klein-Osterröben fehlte. In Sudenburg konnte Klein-Osterröben im Schlagball mit 5:4 (Protokoll), Faustball mit 109:92 gewinnen. Das Jugend-Fußballspiel endete mit 9:1 für Fichte, Faustball mit 36:32 für Klein-Osterröben.

Mitteilungen der Sportvereine.

Sublimationspiel in Burg. Am Sonnabend abend 5 1/2 Uhr fand auf dem Freizeitanlage ein Sublimationspiel zwischen Magdeburg I gegen Burger Ballspielklub I statt. Das Spiel verläuft interessant zu werden, da beide Mannschaften in besserer Form sind. Nach dem Spiele findet zur Feier des 15. Stiftungsfestes von Burger Ballspielklub im „Ronsinghaus“ eine gesellige Zusammenkunft mit nachfolgendem Ball statt. Anfang 7 Uhr. Am Sonntag trifft sich Sportfreunde Dessau I mit Wacker Neuhaldensleben I im Propaganda-Spiel. Freie Turner Bennedebed I gegen Turner Burg I (Bezirksmannschaft) beide Mannschaften werden sich am Sonntag 3 Uhr in Bennedebed im Gesellschaftsspiel gegenüber. Bennedebed tritt in vollständig neuer Aufstellung an. Das sportliebende Publikum laden wir hierzu freundschaftlich ein.

Sportnotizen.

Deutscher Schwimmverein in Argentinien. Bei den argentinischen Schwimm-Meisterschaften in Rio de Janeiro (Vorstadt von Buenos Aires) gelang es dem Mitglied der Spandauer Schwimmfreunde R. Binner, die Meisterschaft über 200 Meter gegen 11 Teilnehmer internationaler Konkurrenz zu gewinnen. Binner erzielte die große Silberne Plakette des Präsidenten der Republik Argentinien. In der Meisterschaft über 1000 Meter wurde Binner nach scharfem Kampf hinter Gerilla Zweiter. Neuerling-Weltrekord in Amerika. Die amerikanischen Armeeflieger Macready und Dallas Kelly stellten am 16. und 17. April mit dem Fokker-P. IV-Decker (400 PS Liberty-Motor) einen neuen Weltrekord im Dauerflug auf. Sie flogen ununterbrochen 36 Stunden in der Luft. Das Gewicht des Flugzeugs betrug beim Start 4800 Kilogramm und erhielt Betriebsstoff für 24 Stunden.

Konsumvereins-Mitglieder

stiftet eure Genossenschaft, zahlt ein auf eure

Geschäftsanteile

In jeder Verteilungsstelle könnt ihr es tun.

ausfallen und der Hartnäckigen Organismen, um eine planmäßige und einheitliche Bekämpfung der Tuberkulose in die Wege zu leiten. Die zweite Entschliessung fordert, binnen drei Monaten nach Abschluss jedes Rechnungsjahrs eine Uebersicht über die auf Grund des Kapitals 120 Titel 19 des Haushaltplans des Wohlfahrtsministeriums verteilten Gelder dem Landtag vorzulegen. Der Protest des Städtetags gegen die eventuelle Ausübung der Desinfektionskosten auf die Kommunen scheint begründet zu sein. — Zur Frage des Friedmannschen Tuberkuloseheilmittels erklärt Genosse Wehl, die ganze Art, die hier die Männer der Wissenschaft an den Tag gelegt hätten, mache den Eindruck, als seien sie darauf ausgegangen, einen Mann und die Sache, die mit diesem Mann in Verbindung stehe, zu vernichten. Es sei Aufgabe des Landtags und der ganzen Bevölkerung, gegen ein solches Dubeinstück unter allen Umständen Verwahrung einzulegen. (Sehr richtig! links.)

Minister Sirtzler bemerkte, in der Frage der Desinfektionskosten werde die Regierung versuchen, den Städten, die sie nicht tragen können, durch Zuschüsse usw. entgegenzukommen. — Für das Kultusministerium legte ein Regierungsvertreter Verwahrung ein gegen die Art, wie sich Dr. Wehl gegen anerkannte medizinische Autoritäten ausgefallen habe. — Genosse Wehl erklärt demgegenüber, daß er bei seinen Ausführungen nie beabsichtigt habe, die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen, bezugnehmend die vom Ausschuss vorgeschlagenen Entschliessungen. Das Gesetz soll am 1. Juli 1923 in Kraft treten.

Das Haus geht dann über zur Beratung des Haushalts der Forstverwaltung. Der Hauptausschuss hat hierzu dem Hause 37 Entschliessungsanträge unterbreitet, während er den Haushalt selbst unverändert zur Bewilligung empfiehlt. Für den Ausschuss berichtete Genosse Peters (Schönn). — In der allgemeinen Aussprache erklärte Genosse Wende (Berlin), die Forstverwaltung sei einer der größten Arbeitgeber in Preußen mit etwa 80 000 Arbeitern und Beamten. Man sollte schon annehmen können, daß sie demgemäß auch für muster-gültige Verhältnisse in allen Arbeiter- und Beamtenfragen Sorge zu nehmen habe, was aber nicht der Fall ist. Beim Kampf um die Löhne war es noch immer nicht möglich, die Beschäftigten des Landtags durchzuführen. Immer wieder mußte darüber geklagt werden, daß Leute mit selbständiger Nahrung gegenüber Arbeitern ohne allen Besitz bei der Beschäftigung bevorzugt werden, weil die Arbeiter organisiert sind. Die Mitteilungen, die über die Gründe des Fehlens von Betriebsräten in den Forstbetrieben gegeben wurden, seien doch etwas gar zu faßlich angefertigt worden.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Schmelzer (Rt.), des deutschnationalen Abg. Streefe und des Deutschen Volksparteilers Feld vertagte sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. Große Anfrage wegen des Verbots der „Roten Fahne“ und wegen der Auflösung der Freiheitspartei. Schluß gegen 6 Uhr.

Severing und die Notwehr.

Wie zu erwarten war, hat die Bildung der Republikanischen Notwehr in der gesamten deutschen Presse ein sehr merkwürdiges Aussehen hervorgerufen, das vermutlich im Landtag sich noch verdichten wird. Es wird nach den Debatten, die am Freitag beginnen, Zeit sein, sich eingehender mit dem Problem zu beschäftigen.

Einstweilen liegt eine zweite Meinungsäußerung des Ministers Severing über die Notwehr vor, und zwar gegenüber einem Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“. Severing erklärte:

Aus den Erklärungen des Sprechers der Magdeburger Hundertschaften geht hervor, daß sie sich in voller Öffentlichkeit zeigen wollen, daß sie sich weder polizeiliche noch militärische Befugnisse anmaßen, und endlich, daß sie vollständig unbewaffnet sind. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Tätigkeit dieser Hundertschaften sich nicht gegen die Republik richtet und daß weder Verwaltungsorgane noch andere behördliche Einrichtungen in ihrer Tätigkeit von diesen Hundertschaften gestört werden. Trotzdem halte ich den Aufmarsch der Magdeburger Hundertschaften für bedenklich, und ich möchte wünschen, daß er nicht wiederholt wird. Was einer Partei gestattet wird, kann andern nicht verweigert werden.

Wir haben heute schon die bunteste Musterkarte von Hundertschaften, Turnerschaften, Wanderriegen usw. Abgesehen von den Geheimorganisationen der rechtsgerichteten Parteien, die sich in ihren Zielen und in ihrer Tätigkeit himmelweit von den Absichten der Magdeburger unterscheiden, wird in der Arbeiterchaft zur Bildung von Abwehrhundertschaften aufgerufen von der kommunistischen Partei, vom Ausschuss des Betriebsräte-Kongresses oder, wie in Remscheid, vom Ortsausschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Kommunisten propagieren Betriebs- und Bezirkshundertschaften und werben unter den Mitgliedern aller Arbeiterparteien, sind aber bestrebt, die Führung selbst zu übernehmen. Schon die Aufzählung dieser Tatsachen zeigt, daß es das tollste Durcheinander geben müßte, wenn die politischen Parteien und die wirtschaftlichen Interessengruppen einen Teil ihrer Mitglieder zu Hundertschaften organisierten und — beabsichtigt oder nicht — zur Anwendung von physischer Gewalt erzögen. Wenn die Selbstschutzorganisationen der landwirtschaftlichen Bevölkerung u. a. die Aufgabe hatten, den

Reiserpreis der Landwirtschaft durchzuführen, so findet das in diesen Tagen ein Seitenstück in dem Treiben sogenannter „proletarischer Hundertschaften“ in Stuppenberg und Nottausen, deren Mitglieder sich anschickten, die Kohlenbestände der Bechen sich gewaltsam anzueignen und nach Güntingen zu verteilen. Nicht auf die Absichten der proletarischen Hundertschaften kommt es an, sondern auf ihre Tätigkeit und ihre Wirkung. Als am 18. März 1920 der Hochverräter Rapp seine Proklamation erließ, war auch vom Schutze der Verfassung und der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die Rede. Das Vorgehen der „proletarischen Hundertschaften“, gegen die faschistische Gefahr aufzutreten, kann darum kein Freibrief sein für die Verletzung, die sich naturgemäß aus derartigen festgesetzten Organisationen entwickeln muß: Terrorisierung Andersdenkender, Belästigung friedlicher Bürger und damit schließlich Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Die Erfahrungen der Jahre 1919 und 1920 beweisen zudem zur Genüge, daß die auf Anwendung von Gewalt eingestellten Formationen der Arbeiter (Arbeiterwehren, Ortswehren, Sicherheitsausschüsse) ihre Machtmittel keineswegs ausschließlich oder vorwiegend für die Stützung der Republik verwandt haben. Der „proletarische Selbstschutz“ als Organisation an sich kann in Zeiten größerer wirtschaftlicher Not nur zur Vermehrung der Unordnung und zur Vergrößerung der Notlage beitragen.

Wenn also auch an den besten Absichten der Magdeburger nicht zu zweifeln ist, wenn im Gegenteil der gute Wille, die Republik gegen Feinde von „rechts“ und „links“ zu schützen, die höchste Anerkennung verdient, so halte ich es nichtsdestoweniger für erforderlich, daß jeder Aufmarsch und jede Uebung unterbleibt, um nicht andre Gruppen zu gleichem Vorgehen anzureizen und dadurch die allgemeine Nervosität unserer Zeit bis ins Ungemessene zu steigern.

Auf die Frage an den Minister, ob er nicht für notwendig hält, den fest zusammengeschlossenen rechtsgerichteten Organisationen gegenüber ein Gegengewicht durch die verfassungstreuen Gruppen des Volkes zu schaffen, erklärte er, nicht auf die geräuschvolle Bekundung des Willens, die Republik zu schützen, komme es an, sondern auf die Sammlung und praktische Verwendung aller vorhandenen Kräfte. „Wir brauchen keine Maßnahmen, sondern Männer! Bereit sein — ist alles!“

Die Besorgnisse des Ministers, daß die Notwehr in der Provinz Sachen durch allsonntägliche Aufzüge und „Selbstübungen“ nach dem Muster rechtsradikaler Verbände Unruhe in die Bevölkerung trage, sind völlig unbegründet. Die Notwehr denkt nicht, wie wir bestimmt wissen, an Paraden und Demonstrationen, und wenn sie am Sonntag ihre Magdeburger Abteilungen aufziehen ließ, so nur, um ein weithin sichtbares Signal aufzusetzen, ein Erkennungszeichen für die Regierung und Behörden, Nichtungsweiser für die Freunde im Land, ein Warnungszeichen für die Gegner. Die Notwehr hat erklären lassen, daß sie sich bereit halten will, wenn sie die Regierung ruft; sie wird deshalb auch den Wünschen des verantwortlichen Ministers nicht entgegenhandeln, sie wird nur eins sein: Zu jeder Stunde bereit, dem Rufe der legalen Regierung zu folgen!

Dollar Amtliche Notiz vom Donnerstag 29.4.26 **25550 Mark** Freitag mittag zirka

Die Unruhen in Ruhrrevier.

Die Mittwochdemonstration der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen in Mülheim a. d. R. hat bis spät in die Nacht hinein fortgedauert. Am Donnerstag früh sind drei Waffengeschäfte geplündert worden; die Demonstranten konnten sich zum Teil mit Waffen versehen. Die Stadt wird durchstreift. Man sucht nach den Kriminalpolizisten, die geschossen haben sollen. Automobile, Fuhrwerke und Straßenbahnen werden angehalten. Die Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist vollständig eingestellt.

In Essen fand am Donnerstag früh ebenfalls eine Demonstration statt, die in einer zu Mittwochabend von den Kommunisten einberufenen Versammlung beschlossen worden war. Auch hier zeigte sich wieder, daß sich unter den Demonstranten ein großer Teil auswärtiger Elemente befand. In dieser Versammlung wurde u. a. auch beschlossen, das Rathaus, das Arbeitsamt und das Wohlfahrtsamt, gegebenenfalls mit Gewalt, zu besetzen. Falls Angriffe vom Selbstschutz oder der Feuerwehr erfolgen sollten, soll ebenfalls zum Angriff übergegangen werden. Es wurde den Demonstranten empfohlen, sich mit Gummistöcken und Steinen für den Angriff zu bewaffnen. Sollte die Aktion nicht gelingen, dann war beabsichtigt, sich am Freitag an die Franzosen zu wenden, um ihnen die Arbeitskräfte der Notstandsarbeiter und Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Die Hauptforderungen der Notstandsarbeiter sind: eine einmalige Ausgleichszulage von 150 000 Mark für Verheiratete und für Ledige von 100 000 Mark; für die Arbeitslosen eine Unterstützung von 10 000 Mark pro Tag, außerdem für die Frau 1000 Mark und für jedes Kind 500 Mark Zulage. Die Entlohnung der Notstandsarbeiter erfolgt nach dem Tiefbauarbeitertarif. Die

Städtevereinigungen im Ruhrgebiet hat jedoch beschlossen, den Notstandsarbeitern eine soziale Zulage zu gewähren, die für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 4000 Mark, mit einem Kinde 5000 Mark, mit zwei Kindern 6000 Mark und mit drei und mehr Kindern 7000 Mark wöchentlich betragen soll. Mit dieser Unterstützung erhalten die Notstandsarbeiter höhere Löhne als die in Arbeit befindlichen Bauarbeiter.

Die Stadtverwaltung in Essen hat im Einverständnis mit den Arbeiterorganisationen Maßnahmen getroffen, um das Rathaus zu schützen. Als die Demonstranten am Donnerstag vor diesem Selbstschutz der Stadt erfuhren, versammelten sie sich in einem größeren Lokal. Es fanden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung statt, und Donnerstagabend soll eine Kommission nach Berlin zum Arbeitsminister fahren, um dort weiter über die Angelegenheit zu verhandeln. Die Führer der Demonstranten, die sich aus kommunistischen und syndikalistischen Elementen zusammensetzten, waren nicht mehr in der Versammlung, die Massen zusammenzuhalten. Sie wandten sich an die St. verordneten, Genossen Steinbüchel und den Gewerkschaftssekretär Reiter, und verlangten von ihnen, daß sie sofort mit in die Versammlung gehen sollten, um die Massen zu beruhigen. Weiter Genossen lehnten dies jedoch ab und erklärten, daß sie nicht dafür seien, die von den Kommunisten und Syndikalisten aufgepeitschten Massen zu beruhigen.

Eine von den Syndikalisten in Mülheim einberufene Versammlung hat beschlossen, einen 24stündigen Generalstreik auszuführen. Weitere Forderungen sind: 1. Sofortige Freilassung der Gefangenen; 2. sofortige Bildung eines proletarischen Ordnungsdienstes durch alle Arbeiterorganisationen; 3. sofortige Entlassung des bürgerlichen Selbstschutzes; 4. sofortige Entschädigung aller Verwundeten und Hinterbliebenen durch die Stadt Mülheim in voller Lohnhöhe nebst freier ärztlicher Behandlung; 5. sofortige Erfüllung der Forderungen der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter.

Für den 21. April ist seitens der Kommunisten eine Erwerbslosenräte-Konferenz nach Warmen einberufen worden. Die Konferenz soll allgemeine Forderungen und Richtlinien aufstellen. —

Notizen.

Sergis Nachfolger im Landtag. Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Lehrer Schulze (Berlin), der nach dem Ausscheiden des deutschnationalen Parteivorstehers Sergt als dessen Nachfolger in den Preussischen Landtag einrückte, hat mit Rücksicht auf sein Doppelmandat das Mandat des Landtags niedergelegt. Sein Nachfolger ist der katholische Rektor Sadenberg.

Der Erzberger-Mörder in Italien? Auf Erfuchen der deutschen Behörden jähndet die Polizei in Genua eifrig nach dem des Mordes an Erzberger beschuldigten Kaufmann Schulz. Schulz war jedoch bis jetzt noch nicht auffindbar. —

Verdächtige Holzarbeiterkampf. Der Lohnkampf der nieder-sächsischen Holzarbeiter, der Anfang März einsetzte und etwa 10 000 Holzarbeiter in Hannover, Kassel, Braunschweig, Göttingen, Hameln, Holzminden, Sonderhausen und zahlreichen andern Städten umfaßte, ist durch Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium beendet. Beide Parteien haben sich dem Schiedsspruch vom 12. April unterworfen. Die Arbeitsaufnahme hat sofort zu erfolgen. Alle Streikenden und Ausgesperrten sind wieder einzustellen. —

Doppelchen.

In Erwartung eines deutschen Angebots. Wh. London, 20. April. Der gut unterrichtete Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt:

In britischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die Reichstagsrede Stresemanns nicht nur die rauhen Ecken der Rede des deutschen Außenministers abgefeilt, sondern einen ausgesprochenen Fortschritt gegenüber dem Standpunkt der von Stresemann in eignen Artikeln in der „Vossischen Zeitung“ vor etwa 14 Tagen darstellt. Natürlich seien Stresemanns Ansichten nicht notwendigerweise identisch mit den augenblicklichen Ansichten Rosenbergs und Cunos. Aber mit den Industriellen auf der einen Seite und den Sozialdemokraten auf der andern Seite, die der Regierung die Notwendigkeit, ein Angebot zu machen, drängen vor Augen halten, müsse ein derartiges Angebot zu einem baldigen Zeitpunkt so gut wie sicher erfolgen.

Wie der Berichterstatter weiter erklärt, wird die Frage der Enthebung des Fürsten Hatzfeld durch die französischen und belgischen Mitglieder der Rheinlandsoberrheinkommission unter der Stimmhaltung der britischen Kollegen wahrscheinlich auf der Wochensitzung der Konferenz zur Sprache gebracht werden. Bereits seit einigen Wochen sei die französische Regierung in die britische Regierung gedrungen, daß es weidmässig sei, den Fürsten Hatzfeld und seinen Erbloszuerben. Das britische Foreign Office habe jedoch wiederholt dem französischen Botschafter gegenüber nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Ernennung des Fürsten Hatzfeld von der Botschafterkonferenz gutgehen und daher die Frage seiner Beiseitigung und der Aufhebung seines Bureaus ebenfalls Sache dieser Körperschaft sei. Nach dem Berichterstatter wird die Aufhebung des Bureaus des Fürsten Hatzfeld in britischen Kreisen offen bedauert. — (Schluß des redaktionellen Teils.)

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Zahnpasten bestehen aus einer Pulvermischung, welche mit Glycerin vermischt ist. Dieses entbehrliche Glycerin und die Metalltuben vertreiben die Pasta ungenießbar. Wenn Sie die nasse Zahnbürste in Dr. Bahrs Zahnpulver „Nr. 23“ tauchen, so bereiten Sie sich selbst frische, aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und nur 1/4 so teuer ist. Man verlange ausdrücklich „Nr. 23“. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

WIR

bieten vorteilhaft an!

Hochfeiner Damen-Halbschuh echt R.-Chevreau mit echter Lackkappe . . . nur **29⁵⁰⁰** Mark

Hochelegant. Herren-Schnürstiefel Ia. Boxkalf, in mod. spitzer Form, Orig. Good.-Welt . nur **58⁰⁰⁰** Mark

Elegante Halbschuhe für Damen ingut.Lederverarb. Schnürschuh 27900 mit Spangen . . . **23⁹⁰⁰** Mark

Weiß Leinenschuhe, bestes Fabrikat, in eleg. Ausföhr., m. Spang. od. zum Schnüren **14⁸⁰⁰** Mark



Tack

& Cie A.G. Burg b. Magdbg

Verkaufsstelle: Conrad Tack & Cie. G. m. b. H., Magdeburg, Alter Markt 11.

